

2 Forschungsstand

Nach einer Klärung des Schlüsselbegriffspaares dieser Arbeit, der bilateralen Außenpolitik (Abschnitt 2.1), erfolgt eine Annäherung an das Forschungsthema. Dieses umfasst die konzise Ausarbeitung des aktuellen Forschungsstandes sowohl in Bezug auf die allgemeine deutsche Außenpolitik von 1990 bis 2009 (Abschnitt 2.2) als auch auf die spezifischen Beziehungen zu Polen von 1945 bis 1998 (Abschnitt 2.3). Die Untersuchungszeiträume sind so gewählt, um einen nahtlosen Übergang zum Forschungsgegenstand der deutschen Außenpolitik seit 1998 einerseits zu geben und andererseits die Ergebnisse dieser Arbeit besser in das allgemeine Außenpolitikverständnis einordnen zu können.

2.1 Begriffsdefinition: Bilaterale Außenpolitik

Der Begriff Außenpolitik setzt sich aus dem Adverb „außen“ und dem Substantiv „-politik“ zusammen. Mit „außen“ werden zwei Zustände beschrieben. Es kann bedeuten, dass sich etwas „auf der Außenseite“ befindet oder dass etwas „in Bezug auf andere“ gemeint ist (Duden 2011). Der Wortteil „-politik“ meint die „Gesamtheit von Bestrebungen mit bestimmter Aufgabenstellung und Zielsetzung in Hinblick auf das im ersten Bestandteil der Zusammensetzung Genannte“ (Baer & Wermke 2000: 1058). Insofern können von der bloßen Wortbedeutung her alle Anstrengungen, die in Bezug auf etwas anderes, natürlicherweise außerhalb eines bestimmten Bereiches – hier eines Staates – gerichtet sind, als Außenpolitik bezeichnet werden. Mit dieser Annäherung an den Begriff wird noch keine Aussage getroffen, wer diese Außenpolitik führt und wer der Adressat einer solchen Politik ist. Deshalb müssen zwingend politikwissenschaftliche Definitionen herangezogen werden.

Haftendorn entwickelt einen an den Strukturalismus angelehnten theoretischen Ansatz zur Erklärung von Außenpolitik:

In theoretischer Perspektive wird Außenpolitik verstanden als ein Interaktionsprozess, in dem ein Staat grundlegende Ziele und Werte in Konkurrenz zu den anderen Staaten zu realisieren versucht (Haftendorn 2006: 672).

In diesem Verständnis wird als Hauptprämisse ein Konkurrenzkampf zwischen verschiedenen Staaten zugrunde gelegt, in dem sich der einzelne Staat zu behaupten sucht. Ziel aller Staatshandlungen ist die Durchsetzung von eigenen Zielen und Werten. Aus dem Erklärungskontext heraus wird der Begriff der Werte erläutert und gleichbedeutend mit Interessen verwendet, wobei ein Ziel als a priori gegeben und nicht beeinflussbar von normativen Grundlagen formuliert wird. Die Motivation für diese Ziele und ihre Ursprünge werden in dieser Definition jedoch nicht näher hinterfragt. Eine weitere, präzisere Definition findet sich bei Carlsnaes:

Foreign policy consist of those actions which, expressed in the form of explicitly states goals, commitments and/or directives, and pursued by governmental representatives acting on behalf of their sovereign communities, are directed toward objectives, conditions and actors – both governmental and non-governmental – which they want to affect and which lie beyond their territorial legitimacy. (Carlsnaes 2002: 335, ähnlich auch Hellmann, Wolf & Schmidt 2007: 17)

Deutsche Außenpolitik kann somit als die Gesamtheit von Handlungen von deutschen Regierungsvertretern begriffen werden, die sich mit politischen Zielen, Bedingungen und Akteuren beschäftigen, die außerhalb der deutschen Staatsgrenze liegen. Die im Grundgesetz mit den Aufgaben von Außenpolitik betrauten Hauptrepräsentanten der Regierung – wie im Kapitel „Die Operationalisierung“ ausgeführt wird – sind in erster Linie der Bundeskanzler, Art. 63 GG, der Außenminister, Art. 65 GG, sowie der Bundespräsident, Art. 54 GG.

Zu klären ist, wie *bilaterale* Außenpolitik verstanden werden kann. Das Wort „bilateral“ stammt vom Lateinischen „bi“: *zwei, doppel(t)* und „lateralis“: *seitlich* und beschreibt demnach einen Vorgang, an dem zwei Seiten oder Partner beteiligt oder betroffen sind (vgl. Baer & Wermke 2000: 198). Somit kann aufgrund der Herkunft und Bedeutung der Wörter bei bilateraler Außenpolitik von Handlungen und Absichten eines Staates ausgegangen werden, die seine äußeren Belange betreffen und gegenüber einem anderen Partner, konkret einem zweiten Staat, geführt werden. Zusammenfassend: Deutsche Außenpolitik gegenüber Polen beschreibt Handlungen deutscher Regierungsvertreter, die außerhalb der deutschen Staatsgrenzen Ziele, Bedingungen und Handlungen in Hinblick auf die Republik Polen betreffen.

2.2 Grundzüge Deutscher Außenpolitik 1990 bis 2009

In diesem Abschnitt werden grundlegende Tendenzen in der wissenschaftlichen Diskussion um Deutschlands Außenpolitik dargestellt. Die Analysezeitspanne ist

so gewählt, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung erfasst wird. Das Ende der bipolaren Struktur des Kalten Krieges brachte auch für Deutschland eine Neudefinition seiner Rolle im Staatensystem mit sich. Deshalb erscheint ein solcher, zeitlich begrenzter Ausschnitt sinnvoll. Er ermöglicht eine ausreichende Darstellung verschiedener Forschungsstränge in Vorbereitung auf die Auswahl des in dieser Arbeit getroffenen theoretischen Ansatzes.

2.2.1 Kontinuität und Wandel als Referenzpunkt aller theoretischen Ansätze

Es werden hauptsächlich Sekundärquellen mit einem Publikationsdatum bis zum Jahr 2010 für die Überblicksdarstellung herangezogen. Bei der Breite vorhandener Analyseansätze und umfangreicher Fachliteratur wird hier lediglich der Anspruch gestellt, die Grundtendenzen der Forschung wiederzugeben.

Zwei gegensätzliche Ergebnisse lassen sich aus der wissenschaftlichen Diskussion um die Grundlinien Deutschlands Außenpolitik seit 1990 herausfiltern: Kontinuität oder Wandel. Für die vorliegende Arbeit sind der theoretische Unterbau und die Begründung solcher Befunde entscheidend. Je nach Zuordnung zur konstruktivistischen oder rationalistischen Schule werden Normen oder Machtinteressen als Antriebskräfte außenpolitischen Handelns begriffen; verknüpft mit den in den Internationalen Beziehungen vorherrschenden Theorien ergeben sich folgende Fragen: Wird sich die deutsche Außenpolitik eher durch eine Stetigkeit auszeichnen, im Sinne konstruktivistischer Analysen, die staatliches Handeln als normgeleitet begreifen und von einer relativ begrenzten Wandelbarkeit normativer Konzepte ausgehen? Oder wird sich die deutsche Außenpolitik verändern, und zwar aus dem Blickwinkel (neo-) realistischer Theorien, die eine Stärkung der deutschen Machtposition vorhersagen?

Diese Fragen bringen einen der größten methatheoretischen Streitpunkte in den Internationalen Beziehungen nach der Anwendbarkeit widerstreitender Konzeptionen auf den Plan. Nach den revolutionären Veränderungen von 1989/90 und dem damit verbundenen Ende des Ost-West-Konflikts prognostizierten Forscher je nach Zugehörigkeit zu theoretischen Schulen unterschiedliche Entwicklungen der deutschen Außenpolitik. Während rationalistische Ansätze für das außenpolitische Handeln eine stärkere Ausprägung einer Machtpolitik vorhersagen, geriet dieser Ansatz zur Jahrtausendwende zunächst in den Hintergrund. Institutionelle und sozialkonstruktivistische Ansätze schienen im nachfolgenden Zeitraum die Entwicklung verlässlicher erklären zu können, während gegen Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends erneut liberale und rationalistische Ansätze in der Diskussion dominierender hervortraten.

Im Folgenden soll die Dichotomie zwischen werte- und interessensgeleiteten Begründungen deutscher Außenpolitik näher beleuchtet werden, dabei weitgehend einer Chronologie folgend.

2.2.1.1 Realisten

Realistische Ansätze (u. a. Mearsheimer 1990; Waltz 1993) zogen in Zweifel, ob die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung den eingeschlagenen Pfad der weiteren multilateralen Einbindung fortsetzen würde. Auf Basis systemtheoretischer Erwägungen prognostizierten sie eine veränderte Außenpolitik infolge eines Machtpotentialzuwachses, der wiederum als Folge eines vergrößerten Territoriums, der erhöhten Bevölkerungszahl und des stärkeren wirtschaftlichen Gewichts anzunehmen war. Ein mächtigeres Deutschland würde nach Atomwaffen streben und es nicht hinnehmen, innerhalb der NATO unter „Vormundschaft“ der USA zu stehen. Dies werde unweigerlich eine Periode der Instabilität in Europa nach sich ziehen und die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen Auseinandersetzungen erhöhen (vgl. Mearsheimer 1990: 6). Deutschland werde „früher oder später“ zur klassischen Großmachtpolitik zurückkehren, anstatt den „mühsamen Pfad“ der europäischen Integration weiter zu bestreiten (Waltz 1993: 66, 70). Die Grundfrage nach norm- oder interessengeleiteter deutscher Außenpolitik prognostizieren Realisten nicht auf Basis empirischer Studien, sondern aufgrund theoretischer Grundannahmen eindeutig. Da sich die internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts drastisch verändert hätten, dürfte damit auch eine Veränderung des außenpolitischen Verhaltens der BRD hin zu mehr Machtpolitik einhergehen. Weiter gehende theoretische Überlegungen, die der Frage nachgehen, von welchen anderen Faktoren außer rationalistischen Variablen das Staatshandeln abhängen könnte, werden nicht angestellt. Soziale Normen dienen allenfalls als Mittel zum Zweck der Durchsetzung und Kaschierung eigener Machtpolitik.

2.2.1.2 Liberale InstitutionalistInnen

Diese Prognosen blieben jedoch nicht ohne Widerspruch. Anhänger einer liberal-institutionellen Denkrichtung (Bredow & Jäger 1991; Huelshoff, Markovits & Reich 1993) sagten eine Stetigkeit in außenpolitischen Handlungen vorher, die auf der maßgeblichen Annahme einer weiterhin engen institutionellen Vernetzung in bestehenden multilateralen Organisationen, wie der NATO oder EU, fußte. Medick-Krakau fasst den Kern dieser Prognosen am treffendsten zusammen: Wirtschaftliche Interdependenzen, dabei insbesondere die Kooperation innerhalb der EG sowie die weltweite Arbeitsteilung mit positiven Folgen für die

deutsche Wirtschaft, würden die politischen und gesellschaftlichen Interessen dergestalt formen, dass mit einer weiteren Verflechtung auch im politischen Bereich zu rechnen sei. Deshalb sei von einer Kontinuität deutscher Außenpolitik auszugehen (vgl. Medick-Krakau 1999: 28). Die Sicherung und der Ausbau wirtschaftlicher Prosperität für die eigene Bevölkerung als Eigenwert, um beispielsweise andere staatlichen Funktionen, wie einen funktionierenden Sozialstaat zu garantieren, kann aus konstruktivistischer Sicht als normative Antriebskraft begriffen werden. Dass diese aus der institutionellen Einbindung in multilaterale Strukturen resultiert, ist jedoch aus Sicht der InstitutionalistInnen eher als ein willkommenes Resultat solcher Überlegungen und weniger als deren Ausgangspunkt zu begreifen.

2.2.1.3 Das Zivilmächtskonzept

An die Ideen der InstitutionalistInnen knüpfen Maull (1992) sowie Anderson und Goodman (1993) mit ihrer am Konstruktivismus angelehnten Charakterisierung Deutschlands als „Zivilmacht“ an. Deutsche Außenpolitik sei geleitet vom Gedanken des Multilateralismus und der Europaorientierung (vgl. auch Pradetto 2006; Risse 2007: 55). Diese Ansätze begründen die weitgehende Perpetuierung von zentralen außenpolitischen Handlungsmustern trotz radikal geänderter politischer Rahmenbedingungen nach 1990 alleine mit kulturellen Faktoren. Maull (1992) antizipiert in seinen am Konstruktivismus orientierten Vorstellungen eine an „zivilisierenden Werten“ ausgerichtete Außenpolitik. Maulls Konzept der Zivilmacht wird auch später als „die übergreifende außenpolitische Identität der Bundesrepublik“ beschrieben (Risse 2007: 54) und ist bis heute eines der am weitest verbreiteten Referenzkonzepte der jüngeren deutschen Außenpolitikforschung (vgl. Medick-Krakau 1999: 24; Risse 2003: 1; Streichert 2005).

2.2.1.4 Reflexiver Multilateralismus

Anderson und Goodman (1993) haben in ähnlich weit reichender Weise Anfang der 90er Jahre den Begriff des „reflexiven Multilateralismus“ geprägt. Gemeint ist damit Deutschlands Einbettung in ein enges Geflecht internationaler Institutionen, die sich im Laufe der Zeit von einem bloßen Instrumentarium zur Durchsetzung von Interessen hin zu einem elementaren Teil der deutschen politischen Identität entwickelt habe. Dies sei eine der wichtigsten Auswirkungen des Kalten Krieges (vgl. Anderson & Goodman 1993: 60). Für diese Arbeit sind diese Diagnosen einer zur deutschen Identität gehörenden internalisierten europäischen Komponente von Wert.

2.2.1.5 Empirische Widerlegung rationalistischer Modelle

Im Verlauf der 90er Jahre konnten die neorationalistischen ex-ante Prognosen, die auf klassischen theoretischen Modellen ihre Erwartungen formulierten, auch empirisch mit Daten unterlegt werden, sodass ex-post Analysen am Forschungsgegenstand der deutschen Außenpolitik seit 1990 nunmehr möglich waren. Dabei ist folgende Entwicklung zu beobachten: Zumindest bis fast zum Ende der 90er Jahre konnten realistische Prognoseansätze durch die faktische Entwicklung der deutschen Außenpolitik der „Bonner Republik“ anhand empirischer Untersuchungen nicht verifiziert werden³ (vgl. Banchoff 1999; Berger 1998; Duffield 1998; Katzenstein 1997; Rittberger & Wagner 2000; a.A. Baumann 2011). Als erster bemerkt Katzenstein, dass

[...] there are virtually no traces of Germany's return to realist 'normalcy', to balance of power politics in an anarchical international system. Germans shun the concepts and practice of power politics and balancing. (Katzenstein 1997: 9)

Deutschlands Machtzuwachs sei in seinen Erscheinungsformen insgesamt überinterpretiert worden (vgl. Göler & Jopp 2011: 496). Aufgrund dieser Befunde gerieten die rationalistischen Analysemethoden in der wissenschaftlichen Debatte zunächst ins Hintertreffen.

2.2.1.6 Institutionelle Ansätze

Die wegweisende Arbeit Katzensteins (1997), die im institutionellen Ansatz ihren Ursprung findet und konstruktivistische Züge trägt, betont die tief greifende Verflechtung Deutschland in ein Netz international und supranational agierender Institutionen, wie der EU, der NATO oder der VN vor und nach der Wiedervereinigung gleichermaßen. Der damit verbundene Einfluss auf das außenpolitische Handeln habe sich damit kontinuierlich fortentwickelt und für eine entsprechende Stetigkeit gesorgt. Der Prozess der europäischen Integration habe tiefe Spuren in der deutschen politischen Identität hinterlassen (vgl. Katzenstein 1997: 15). Die institutionelle Integration in ein verstärkt supranationales Europa

³ „Ausschläge“ des Machtzuwachses, wie die völkerrechtliche Anerkennung von Kroatien und Slowenien entgegen der Empfehlung der Badinter-Kommission als erstes europäisches Land überhaupt, hätten sich in der Folge nicht wiederholt. Dieses Vorgehen sei ohnehin von den anderen EU-Mitgliedsstaaten mit „erheblicher Abstrafung“ quittiert worden (vgl. Göler & Jopp 2011: 496). Ferner wird das Verhalten von der Politikwissenschaft mit innenpolitischem Druck und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker begründet und sei nicht Ausdruck einer willentlichen Machtpolitik (vgl. Berger 1998: 187-188; Crawford 1996; Duffield 1998: 187-193).

– „Europeanization“ – diene stets deutschen Interessen, habe aber einen ganz konkreten Ausgangspunkt: Die Einbindung in das europäische Institutionennetz, die zudem zu einem konstitutiven Wert per se aufgestiegen sei, habe sich in die kollektive Identität des deutschen Staates eingeprägt. Die Möglichkeit einer Umkehr von diesem Pfad bestünde allenfalls „rein hypothetisch“. Bei Katzensteins Ansatz handelt es sich um eine kombinierte Befundprognose. Er argumentiert mit dem integrationswilligen Verhalten der 90er Jahre und geht aufgrund der festen institutionellen Verflechtung von einer stetigen Fortentwicklung dieses Weges aus (vgl. Katzenstein 1997: 46-47).

Berger belegt in seinen Untersuchungen zusätzlich, dass sich Deutschland für eine Vertiefung der EG und später die Erweiterung der EU und der NATO stark eingesetzt hat (vgl. Berger 1996: 348). Hacke bemerkt ähnlich, dass die Einführung des Euro und die Erweiterung der NATO und EU essentielle Ziele deutscher Außenpolitik darstellten und sich in die stetige Politik einer noch weiter integrierten EU verschrieben hätten (vgl. Hacke 2003: 514; Maull 2006a: 274). Dazu führt Müller-Brandeck-Bocquet eine Reihe von Beispielen an, die Deutschlands stetiges Handeln in der Frage nach einem europäischen Verfassungsvertrag belegen sollen, ohne jedoch die Ursache zu benennen. Einschränkend bemerkt sie seit 1998 eine Abkehr von der sonst üblichen Politik, Kompromisse mithilfe von finanziellen Zusagen zu erreichen (Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 610-612).

Ein Großteil der institutionellen Analyseansätze liefert in Abwesenheit von normtheoretischen Erwägungen ein weitgehend an Interessen orientiertes Erklärungsmodell, wenn es um die Europapolitik als Teil der Deutschen Außenpolitik bis zur Jahrtausendwende geht. Davon ausgehend kann aus sozialkonstruktivistischer Sicht argumentiert werden, dass diese Verortung in einen bestimmt internationalen Kontext die Türen für den Einfluss international geltender Normen weiter öffnet und dass aus dieser Richtung mit einem verstärkten Einfluss gerechnet werden kann. Dies kann in einem extremen Verständnis dazu führen, dass die institutionelle Einbindung in die EU als beeinflussender Wert an sich aufgefasst werden und somit handlungsleitend wirken kann.

2.2.1.7 Liberalisten

Ein liberaler Ansatz wird von Freund und Rittberger (2001) vorgestellt. Danach bilden einzelne, von Individuen innerhalb der Gesellschaft verfolgte Interessen die unabhängige Variable. Mittels struktureller Erklärungsmodelle leiten Freund und Rittberger außenpolitisches Verhalten von innerstaatlichen Strukturen, wie z.B. dem Modernitätsgrad, ab. Sie zeigen anhand eines Agenten-basierten Erklärungsansatzes, dass politische Akteure, als eine Akteursgruppe von vielen, nach

der deutschen Wiedervereinigung solch einer Politik nachgingen, die der heimischen Wirtschaft, den parteipolitischen Interessen und dem regierungsinternen Zusammenhalt gedient hat (vgl. Freund & Rittberger 2001: 82).

Risse weist zu Recht darauf hin, dass auch bei diesem Ansatz Interessen und Präferenzen als gegeben betrachtet werden, ohne nach dem Hintergrund oder ihrem Entstehen zu fragen (vgl. Risse 2003: 1). Dies ist das Grundproblem aller liberalen oder rationalistischen Ansätze: Kausalität wird einzig zwischen den Interessen und außenpolitischen Verhalten nachgewiesen. Der Ursache zum Vorliegen bestimmter Interessen, unabhängig davon, ob diese international oder innerstaatlich hergeleitet werden, wird nicht auf den Grund gegangen. Einzig Harnisch (2010) hinterfragt die von ihm angewandte liberale Theorie und knüpft an das Vorhandensein bestimmter institutioneller Gegebenheiten, wie Werteüberlegungen, an.

Unter Forschern findet die Annahme, dass die Außenpolitik eines Staates durch politisch-kulturelle Aspekte wie Normen, Identitätskonzepte oder individuelle Überzeugungen erklärt werden kann, zunehmend Anklang und wird durch einen facettenreichen theoretischen Unterbau gestützt (vgl. Risse 2003). Die Popularität dieser sozial-konstruktivistischen Ansätze kann als Reaktion auf die unzureichend erscheinende Erklärung der Kontinuität deutscher Außenpolitik trotz eines rein faktisch vergrößerten Machtpotenzials erklärt werden.

2.2.1.8 Sozialkonstruktivisten

Im Gegensatz zu rationalistischen Ansätzen bietet Banchoff (1999) einen auch methodisch überzeugenden Erklärungsansatz für das außenpolitische Verhalten Deutschlands nach der Wiedervereinigung an. Er fokussiert sich bei seiner Analyse auf eine stabile, für internationale und nationale Einflüsse nicht zugängliche, staatliche Identität Deutschlands in Europa, die er anhand parlamentarischer Diskursuntersuchungen maßgeblich als „europäische Identität“ konkretisiert. Diese habe handlungsbestimmend für deutsche Interessen, wie eine stärkere wirtschaftliche und politische europäische Integration, gewirkt. Insbesondere Banchoffs analytische Herangehensweise ist für die vorliegende Arbeit von Wert. Er folgt einem vierschrittigen Vorgehen: Zunächst muss anhand eines qualitativem Vorgehens beschrieben werden, wie die deskriptive – Schritt 1 – und narrative⁴ – Schritt 2 – Dimension staatlicher Identität das staatliche Interesse

⁴ Mit *deskriptiver* Dimension von öffentlichen Reden meint Banchoff die Beschreibung des Ist-Zustandes aktueller Freund/Feindkonstellationen und diejenigen Normen, die als Basis für die staatliche Identität dienen. Der *narrative* Diskurs dagegen umfasst die Herleitung des Ist-Zustandes aus der

in einem bestimmten Fall determinieren. In Schritt 3 wird die Frage gestellt, ob das staatliche Verhalten mit seiner Identität übereinstimmt. Im Falle einer Verneinung dieser Frage wird in Schritt 4 geprüft, ob das nicht identitätskonforme Verhalten eines Staates Widerspruch hervorgerufen und zusätzlich einen Kurswechsel nach sich gezogen hat. Banchoff erhebt nicht den Anspruch, durch dieses Vorgehen einen abschließenden Beweis für die Verbindung von staatlicher Identität, hergeleitet aus Diskursen, und staatlichen Interessen erbringen zu wollen. Wohl aber steigere das Vorgehen die Verlässlichkeit des konstruktivistischen Ansatzes (Banchoff 1999: 277-279). In abgewandelter Form fließt Banchoffs Ansatz in die bei den Fallstudien operativ verwendete Widerspruchsanalyse ein.

Risse (2003) baut den sozial-konstruktivistischen Ansatz in Bezug auf die deutsche Außenpolitik weiter aus. Die Grundannahme dieses Ansatzes lautet, dass außenpolitische Interessen, die nicht als gegeben hingenommen werden, durch gesellschaftliche Praktiken konstruiert sind. Intersubjektiv innerhalb der Gesellschaft geteilte nationale Identitäten, Normen und Leitbilder determinieren gesellschaftliche und politische Handlungen. Ihre Analyse lässt Erklärungen darüber zu, auf welche Weise Akteure in der internationalen und nationalen Umgebung Vorgänge deuten und welche Schlussfolgerungen sie für die Handlungsebene daraus ziehen (vgl. Risse 2003: 2). Konstruktivistische Ansätze hegen ohnehin nicht den Anspruch, eine allgemein gültige Antwort zu der Frage nach Kontinuität oder Wandel zu geben. Sie fokussieren sich auf die Kausalität zwischen zugrunde liegenden sozialen Normen und außenpolitischer Handlung.

So hat auch Rittberger (2003) den konstruktivistischen Ansatz verteidigt, den er als passender als neorealistische und liberal-utilitaristische Ansätze hält, um die Ursachen ideeller Strukturen von Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik nachzuvollziehen. Die Verweigerung der Bundesregierung zur Beteiligung am Irak-Krieg oder die Bereitwilligkeit zur Souveränitätsverlagerung an supranationale europäische Institutionen, wie die Unterstützung des europäischen Verfassungsvertrags, dienen ihm dazu als unterstützende Fallbeispiele. Im ersten Fall führt er an, dass sich die innergesellschaftliche Norm der Westbindung aufgrund einer fehlenden Tradition in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung abgeschwächt habe, was seine Entsprechung in der Weigerung findet, sich nicht am Irak-Krieg zu beteiligen. Im zweiten Fall seien die gesellschaftlichen Normen der Integrations- und Europafreundlichkeit für die deutschen Außenpolitik maßgeblich gewesen (vgl. Rittberger 2003: 14-17). Weiter lässt sich bei Rittberger und Wagner (2001) ein Theorievergleich anhand umfassender

Vergangenheit unter Zuhilfenahme von Elementen des kollektiv geteilten Gedächtnisses einer Nation (vgl. Banchoff 1999: 270).

Fallstudien finden, welcher die Eignung des konstruktivistischen Ansatzes untermauert. In sechs von acht Fallstudien habe der konstruktivistische Ansatz die Entwicklung der deutschen Außenpolitik nach 1990 korrekt vorhersagen können, der neorealistischen und der utilitaristisch-liberale Ansatz vermochte jeweils nur in einem Fall eine richtige Vorhersage der Handlung zu liefern. Auch wenn die Bereitschaft zum militärischen Engagement gewachsen sei und eine bestimmtere Haltung zum deutschen EU-Nettobeitrag eingeschlagen wurde, könne aufgrund der Unterstützung zur Stärkung existierender multilateraler Strukturen (EU-Parlament) oder ihrer Einrichtung wie im Fall des IstGH und der (weiteren) Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen (Ausdehnung des Mehrheitswahlrechts im Rat der Europäischen Union, Integration der Bundeswehr in NATO-Strukturen) von einer weitgehenden normgeleiteten deutschen Außenpolitik gesprochen werden.

Mithilfe eines methodischen Ansatzes, der sog. „qualitativen Inhaltsanalyse“ wird der sozialkonstruktivistische Ansatz für die Analyse von Sicherheitspolitik verfolgt, in der normative Konzepte anstelle von Interessen im Mittelpunkt stehen. Die Methodik betreffend erachtet Wagner Diskurse als Grundlage zur Dechiffrierung normativer Elemente für am besten geeignet. In sprachlichen Mustern würden sich Weltbilder, Identitäten und ganze Kulturen verbergen und somit eine bestimmte soziale Wirklichkeit schaffen. Mittels einer erläuternden und kontextbezogenen Analyse von Texten ließen sich ihre normative Grundlagen ermitteln (vgl. Wagner 2006: 170-171; siehe auch Adler 1997: 323).

2.2.1.9 Weitere Ansätze

In einem groß angelegten, spezifisch auf inhaltliche Fragen eingehenden Forschungsprojekt kommen Wagner et al. (Wagner, Baumann, Bösch & Hellmann 2006) zu einem Ergebnis, das früheren institutionellen Ansätzen entgegensteht. Dafür wird das deutsche außenpolitische Verhalten in drei entscheidenden Fällen angeführt: 1. die Unterwanderung und letztendliche Nicht-Beachtung des EU-RO-Stabilitäts- und Wachstumspakts, 2. die Weigerung, über die Asyl- und Flüchtlingspolitik mehrheitlich und nicht weiterhin einstimmig abzustimmen und 3. die Weigerung, Kontingente von Soldaten, Polizisten und anderen Einsatzkräften für eine gemeinsame europäische Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zur Verfügung zu stellen (vgl. Wagner et al. 2006: 1). Diese Befunde mögen in der Sache korrekt sein, wiegen aufgrund der Partikularität der Fälle allerdings nicht so schwer, als dass sie der grundsätzlichen Richtung der EU-Integration entgegenstehen würden. Es handelt sich um Phänomene aus Teilbereichen von Politiken. Harnisch konstatiert ebenfalls keine merkliche Änderung der Ziele deutscher Außenpolitik in den 90er Jahren, außer der aktiveren Rolle

Normen als Grund bilateraler Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik gegenüber Polen am Anfang
des 21. Jahrhunderts

Sommer, J.-P.

2015, XX, 345 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-10123-7